

Datum: Tue, 01 Feb 2011

An: internetpost@bundeskanzlerin.de

Betreff: Sorge um die Demokratie

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel,

"Die Würde des Menschen ist unantastbar." Es gibt wohl kaum einen Satz, den ich so häufig zitiere wie diesen. Diesem Satz Gültigkeit zu verschaffen, ist mir wichtiges Anliegen und unentbehrliche Grundlage meiner Arbeit.

Ich denke, dass Sie diese Haltung und Wertschätzung der Grundlage unseres menschlichen Zusammenlebens teilen. Doch bei der Frage, welche Wege wir gehen, um diesen Anspruch des Grundgesetzes umzusetzen, unterscheiden wir uns.

Darum möchte ich Ihnen in diesem Schreiben meine Perspektive verdeutlichen. Vielleicht, so hoffe ich, können Sie dann verstehen, warum ich zu Schlussfolgerungen gelange, die Sie nicht teilen. Doch damit Sie mein Anliegen und meine Perspektive verstehen können, muss ich etwas ausholen.

Ich bin in einem christlichen Elternhaus aufgewachsen, in dem das Engagement für andere und die Sorge um die Mitmenschen selbstverständlich waren. Mein Glauben an die Gottebenbildlichkeit eines jeden Menschen führte mich zu einem Bemühen um ein menschenfreundliches Verhalten im Alltag und die hohe Wertschätzung für Menschenwürde und für die Demokratie, in der meiner Meinung nach am ehesten das Ideal einer gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen verwirklicht werden kann. Deshalb möchte ich auch mit meiner Arbeit einen Beitrag für ein friedlicheres Zusammenleben der Menschen auf der Erde zu erreichen, dass ganz konkret in der Stadt, in der ich lebe, die Würde der Menschen nicht mit Füßen getreten wird, sondern Menschen offen, unterschiedlich und ohne Angst zusammen leben können.

Darum arbeite ich in der Bildungsarbeit für Demokratie und Weltoffenheit, trainiere jung und alt in gewaltfreier Konfliktaustragung, engagiere mich in gewaltfreien Organisationen und Bündnissen und versuche, anderen Zivilcourage zu vermitteln und selbst zu üben.

Im Alltag bringt mich das immer wieder in Konflikte mit anderen Menschen, weil es leider nicht selbstverständlich ist, dass Autofahrer/innen warten, wenn ältere Menschen länger brauchen, um die Straße zu überqueren, dass in einer Gruppe von Jugendlichen die Ideen und Wortmeldungen aller gehört werden, dass Erwachsene die Perspektiven -- und die Rechte -- aller Menschen achten und wertschätzen. Manchmal bekomme ich, wenn ich mich in solchen oder ähnlichen Situationen einmische, Anerkennung und Dankbarkeit, manchmal Ärger.

Ich habe mich bewusst für diese Lebensweise entschieden und tue dies gerne gemeinsam mit vielen unterschiedlichen Menschen. Wenn mir die Menschenwürde und ein friedliches Zusammenleben der Menschen nicht so wichtig wären, würde ich nicht tun, was ich tue.

Warum ich Ihnen das erzähle? Ich gehöre zu den Menschen, die verdächtigt werden, genau diese menschenfreundliche Haltung nicht zu teilen. Denn würden Sie mich, meine Kolleginnen und Kollegen und unsere Arbeit nicht verdächtigen, müsste mein Arbeitgeber nicht mit den Förderbescheiden eine "Demokratieerklärung" unterschreiben.

Inhaltlich habe ich kein Problem damit zu bestätigen, dass ich auf dem

Boden des Grundgesetzes stehe. Ich hielt das bisher allerdings für selbstverständlich.

Jedem Förderantrag für ein Projekt, aus dem meine Arbeitszeit bezahlt werden sollte und wurde, lag ein Personalbogen mit Angaben zum Lebenslauf bei, in jedem Sach- und Ergebnisbericht haben wir unsere Arbeit ausführlich dargestellt, wir haben uns in der wissenschaftlichen Begleitforschung und bei zahlreichen Fachtagungen und Ergebniskonferenzen auch den schwierigen Fragen gestellt und haben Nachfragen zu unserer Arbeit immer ausführlich und ehrlich beantwortet. Entstand dabei irgendwo der Verdacht, dass ich mich nicht an die Grundlagen des Grundgesetzes halte? Dann würde ich davon gerne auf direktem Wege erfahren und über den konkreten Kritikpunkt ins Gespräch kommen. Warum treten Sie also nicht in den inhaltlichen Dialog mit uns und lassen stattdessen alle eine allgemeine Klausel unterschreiben?

Ich habe kein Problem damit, mich zur Demokratie und den Menschenrechten zu bekennen. Aber ich habe ein großes Problem damit, wenn mein alltägliches Leben und Handeln nicht Beweis genug dafür sind, dass mir die Menschenrechte aller und ein demokratisches Zusammenleben am Herzen liegen.

Konkrete Erfahrungen

Wenn ich Ihre Klausel lese, denke ich nicht nur an die Vision einer menschenfreundlichen Gesellschaft, sondern v.a. auch an konkrete Menschen und konkrete Situationen aus meinem Alltag, weil ich genau dort Schwierigkeiten auf mich zukommen sehe, wenn ich die Unterschrift unter Ihre Bestätigung ernst nehme. Deshalb möchte ich Ihnen von zwei Beispielen aus meiner Heimatstadt Magdeburg erzählen, um damit meine Schwierigkeiten mit der Bestätigung zu verdeutlichen.

Das erste Beispiel: Im Sommer 2007 eröffnete im Magdeburger Hundertwasserhaus ein Geschäft der Bekleidungsmarke "Thor Steinar". Viele Menschen waren alarmiert und überlegten, was zu tun sei. Eine Idee war, nicht nur zu protestieren, sondern aufzuklären und den Diskussionen, die in der Stadt geführt wurden, einen Raum zu bieten. Spontan haben wir uns deshalb mit diesem Ziel zusammengefunden -- und stellten überraschenderweise fest, dass das, was neben dem praktischen Ziel uns alle verband, das Leben und Handeln aus einer christlichen Spiritualität heraus war. Zusätzlich stellten spontan unterschiedliche und z.T. im Themenfeld ungewöhnliche Organisationen Materialien und Geld und v.a. ihre Kontakte und Erfahrungen zur Verfügung. So haben wir es geschafft, in knapp 48 Stunden ein Ausstellungsladen als Ort für Begegnungen und Diskussionen einzurichten, der am Ende dreieinhalb Monate lang täglich geöffnet war über 5.000 Besucher/innen zählte. Dies haben vor allem die unterschiedlichen Ehrenamtlichen möglich gemacht: Schüler/innen und Rentner/innen, Mitglieder aus Kirchengemeinden und Parteien, Pfarrer und Atheisten... engagierten sich gemeinsam, weil ihnen dieser Ort der Diskussionen und der Aufklärung wichtig war. Nebenbei begegneten sich dabei die unterschiedlichsten Menschen und lernten sich über alle Grenzen hinweg kennen und schätzen. Wäre es zu der Zeit schon möglich gewesen, im Lokalen Aktionsplan einen Projektantrag zu stellen, hätten wir dies sicherlich für eines der zahlreichen Projekte, die mit dem Ausstellungsladen verbunden waren, getan. So wie ich Ihre Klausel verstehe, hätten wir dann als Ausstellungsorganisator/innen die Ehrenamtlichen vorher darauf überprüfen müssen, ob sie auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Wir sind damals davon ausgegangen, dass Menschen, die innerhalb von kürzester Zeit bereit sind, ihre Freizeit zu opfern, um aktiv auf rechtsextreme Aktivitäten in ihrer Stadt aufmerksam zu machen, und die damit bereit waren, sich in aller Öffentlichkeit in einem Konflikt zu positionieren und sich der Gefahr rechtsextremer Angriffe auszusetzen, dass diese Menschen den Grundkonsens unserer Menschenrechte teilen.

Selbstverständlich haben wir genau geschaut, wer zu uns kam; dies aber, um uns nicht von der rechtsextremen Szene unterwandern zu lassen. Hätten wir diese Menschen damals erst auf ihre "Demokratiefestigkeit" überprüfen müssen, bezweifle ich, ob wir dann in der kurzen Zeit ausreichend Menschen gefunden hätten, um den Ausstellungsladen täglich offen zu halten.

Ein weiteres Beispiel aus Magdeburg: Vor etwas mehr als zwei Wochen haben ca. 6.000 Menschen friedlich ihren Protest gegen den rechtsextremen "Trauermarsch" ausgedrückt. Schon die Zahl der Aktiven, die auf der "Meile der Demokratie" in der Magdeburger Innenstadt all die Infostände, Bühnen, künstlerischen und kreativen Aktionen etc. möglich gemacht haben, lässt sich kaum ermessen. Müssen wir im nächsten Jahr überprüfen, wer an welchem Stand Dienst tut?

Ich gehe davon aus, dass Menschen, die sich an einem Samstagnachmittag Mitte Januar bei Minusgraden sechs Stunden bei einer von der Stadt und dem örtlichen "Bündnis gegen Rechts" gemeinsam organisierten "Meile der Demokratie" in die Kälte stellen -- ganz abgesehen von den zahlreichen Stunden in der Vor- und Nachbereitung einer solchen Großaktion --, eine hohe Wertschätzung für die Demokratie haben. Ansonsten würden sie dies alles doch nicht auf sich nehmen.

Ich würde mich weigern, vorher alle Beteiligten von zu erwartenden über 130 Organisationen und Gruppen auf ihre Verfassungstreue hin zu überprüfen. Wenn wir Menschen oder Gruppen auf einen vagen Verdacht hin ausschließen würden, würde dies keiner Überprüfung standhalten. (Wenn Rechtsextreme versuchen würden, einen Stand anzumelden, würde uns schließlich auch kein vager Verdacht ausreichen.)

Wer befürchtet, dass sich "Verfassungsfeinde" unter die Menschen mischen, kann ja selbst vorbeikommen und mit den Menschen an den Infoständen und bei den Aktionen ins Gespräch kommen. Und wer dann "nur" Menschen begegnet, die friedlich und menschenfreundlich sind, erlebt ein beeindruckendes Beispiel, was die Menschen in diesem Land bereit sind, für Demokratie und Menschenwürde zu investieren -- wenn man sie denn lässt und sie dabei unterstützt und stärkt und nicht in ihrem Engagement behindert.

Praktische Fragen

Und wie sollte eine Überprüfung der Engagierten praktisch funktionieren, wenn -- wie wir es schon erlebt haben -- von heute auf morgen die NPD am 9. November eine Mahnwache vor der Synagoge anmeldet oder die rechtsextreme Kameradschaft vor dem Asylbewerberheim aufmarschieren will? In diesen Situationen ist schnelles Handeln gefragt, da braucht es funktionierende zivilgesellschaftliche Bündnisse, in denen die Menschen einander vertrauen und sich nicht gegenseitig verdächtigen. Wenn wir uns vorher gegenseitig auf die Verfassungstreue hin überprüfen müssten, könnte es passieren, dass dann die Rechtsextremen allein vor dem Asylbewerberheim oder freitagnachmittags vor der Synagoge stehen und sich kein friedlicher Protest regt.

Verhältnis zu Partnern

Ich möchte in meiner Arbeit meine Partner/innen nicht überprüfen müssen. (Es reicht mir schon, ständig zu befürchten bzw. die Schere im Kopf zu haben, dass Menschen, die mir begegnen, uns aus menschenfeindlichen Motiven unterwandern wollen.) Für eine weitere Überprüfung auf Verfassungstreue habe ich nicht genug Kraft. Zudem werde ich nicht für den Verfassungsschutz bezahlt, sondern für die Förderung von Demokratie und Menschenwürde -- und die, so habe ich nicht zuletzt auch in der täglichen Arbeit gelernt, fördert man nicht durch Pauschalurteile oder Verdächtigungen, sondern durch eine friedliche, aber bestimmte und ehrliche Auseinandersetzung.

Sensibilisierung?

In der Hinweisen des BMFSFJ zur Erklärung steht, Sie wollten mich (und meine Kolleg/innen) dafür sensibilisieren, dass es Menschen gibt, die diese Haltung nicht teilen. Aber erhöht die Unterschrift unter eine Erklärung das Problembewusstsein? Sensibilisiert sie ausreichend für das Problem?

Wenn dem so wäre, müsste sich der Rechtsextremismus dadurch eindämmen lassen, dass Menschen eine Erklärung für Demokratie und Menschenrechte unterschreiben. Wenn dem so wäre, könnten wir uns die zahlreichen Projektstage, Informationsveranstaltungen, Trainings und Workshops, all die methodischen Handreichungen ersparen. Aber die Erfahrungen -- auch und v.a. aus den mit den Bundesmitteln geförderten Projekten in der Bildungsarbeit -- zeigen doch, dass für die Sensibilisierung für das Problem, dass Menschen die Menschenwürde nicht allen zugestehen, Erklärungen nicht ausreichen, sondern Aufklärung, pädagogische Arbeit und thematische Auseinandersetzungen stattfinden müssen. Ihre Politik der Förderung dieser Arbeit geht zu Recht davon aus, dass es zur Sensibilisierung für die Demokratie und die Durchsetzung der Menschenrechte Pädagogik, Beratung, Gespräche und praktische Bildungsarbeit braucht, kurz: eine Hinwendung zu und eine Beschäftigung mit den Menschen.

Wenn es Ihnen also um unsere Sensibilisierung für ein Problem geht: Lassen Sie uns bitte keine Erklärungen unterschreiben, sondern reden Sie mit uns.

"Den Anschein erwecken"

Seit ich mich für Demokratie und Gewaltfreiheit engagiere, wird mir immer wieder vorgeworfen, ich würde nur Ärger machen wollen, meine Familie in den Schmutz ziehen, den Staat ausnutzen oder ich wäre einseitig, gewalttätig oder linksextremistisch. Bei einigen erwecke ich mit meinem Tun und meiner Haltung also den Anschein, nicht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu stehen. Reicht das aus, damit andere dann nicht mit mir zusammenarbeiten dürfen? Bei wem soll denn nicht der Anschein erweckt werden? Möglicherweise gibt es nicht nur einen erweckten Anschein, sondern auch andere Wahrnehmungen. Wessen "Anschein" und Wahrnehmung ist dann ausschlaggebend über den erweckten Anschein einer Person?

Ihre "Demokratieerklärung" mindert bei mir die Lust, mich für Demokratie und Menschenrechte zu engagieren. Zum Glück ist meine menschenfreundliche Haltung gefestigt und die Bündnisse, in denen ich diese Arbeit mache, tragfähig, so dass ich deswegen mein Engagement nicht einschränken werde.

Ich befürchte allerdings, dass es irgendwann ausreicht und das Fass zum Überlaufen bringt -- und ich habe Angst, irgendwann allein dazustehen in meinem Engagement, weil die anderen wegen all der Verdächtigungen und Anfeindungen in der Arbeit aufgegeben haben.

Demokratische Auseinandersetzung

Zum Schutz der Demokratie hilft nur eines: eine demokratische Auseinandersetzung. Diskutieren Sie also auch mit uns über Demokratie, die Grenzen von Bündnisarbeit, die richtigen Mittel und Wege in dem Engagement gegen Rechtsextremismus, den Umgang mit demokratiefeindlichen und menschenfeindlichen Einstellungen und Gruppierungen. Gerade weil uns doch diese Fragen umtreiben, machen wir diese Arbeit und engagieren uns in diesen Bereichen. Wer, wenn nicht wir, wären die geeigneten Diskussionspartner/innen für diese Gespräche?

Seit wir diese Arbeit tun, sehnen wir uns nach diesen ehrlichen und kreativen Debatten und freuen uns über jede wissenschaftliche Begleitung von Projekten, die nicht nur einsammelt, was alle erwarten, sondern uns

die schwierigen, aber wichtigen Fragen zu unserer Arbeit stellt. Wir freuen uns über jede Gelegenheit, in der wir ehrlich und offen unsere Arbeitsansätze diskutieren und Erfahrungen austauschen können. Eine breite, demokratische, öffentliche Debatte über die Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie und die Wahrung der Menschenrechte und die Auseinandersetzung mit menschenfeindlichen Einstellungen, Verhaltensweisen und Gruppen in unserer Gesellschaft würde nicht nur uns nützen, sondern allen Menschen in diesem Land. Und sie wäre so viel spannender, kreativer, ehrlicher, interessanter und zielführender als diese leidige Diskussion um die Intention, Aussagekraft und Wirkung von Erklärungen zu Zuwendungsbescheiden. Deshalb: Diskutieren Sie bitte mit uns. Und lassen Sie uns nicht Erklärungen unterschreiben. Nicht nur wir würden davon profitieren, sondern auch die Demokratie in unserem Land. Und das ist es doch, was uns alle umtreibt, oder?

Mit freundlichen Grüßen

C. Böckmann